



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- EU formalisiert Brexit-Abkommen 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Der Juncker-Plan in der Praxis: Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in Europa 3
- Die europäischen Unternehmen sollten demnächst eine Entlastung in der Verwaltung spüren 3
- Die EU-Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050 4

Rat der Europäischen Union

- Die EU will sich mehr für Afrika einsetzen 5
- Die EU bekommt eine neue Jugendstrategie 5

Europäisches Parlament

- Schengen: Neue Regeln für befristete Kontrollen an den Binnengrenzen 7
- Westbalkanländer: Europäisches Parlament zieht Bilanz der Fortschritte 2018 7

Laufende Konsultationen

8

Tagesordnungen der Institutionen

9

Impressum

9

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU formalisiert Brexit-Abkommen

Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 sind am 25. November 2018 zu einer Sondertagung des Europäischen Rates (Artikel 50) zusammengekommen.

Der Europäische Rat billigte das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der EU und der EU-Atomgemeinschaft. Auf dieser Grundlage ersucht der Europäische Rat die EU-Kommission, das EU-Parlament und den Rat der EU, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass das Abkommen am 30. März 2019 in Kraft treten kann, sodass der Austritt geordnet erfolgt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 billigten die Politische Erklärung zur Festlegung des Rahmens für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland. Der Europäische Rat erklärte erneut die Entschlossenheit der EU, in Zukunft eine möglichst enge Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich in Einklang mit der Politischen Erklärung zu unterhalten. Ausschlag-

gebend für die Herangehensweise der Union werden weiterhin die allgemeinen Standpunkte und Grundsätze sein, die in den früher angenommenen Leitlinien des Europäischen Rates dargelegt sind. Der Europäische Rat wird dauerhaft mit der Angelegenheit befasst sein.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 dankten Michel Barnier für seine unermüdlichen Bemühungen als Chefunterhändler der Union und für seinen Beitrag zur Wahrung der Einheit unter den Mitgliedstaaten der EU-27 während der Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Der Juncker-Plan in der Praxis: Wiederbelebung der Investitionstätigkeit in Europa

Vier Jahre nach dem Start der Investitionsoffensive für Europa legt die Kommission in einer heute veröffentlichten Mitteilung dar, wie diese Initiative – auch „Juncker-Plan“ genannt – dazu beigetragen hat, die Investitionen in Europa wieder auf ein tragfähiges Niveau zu bringen.

Mit dem Juncker-Plan sind 360 Mrd. EUR mobilisiert worden, wovon zwei Drittel aus privaten Quellen kamen. Dank der Unterstützung durch den EU-Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sollen 850 000 kleine und mittlere Unternehmen einen besseren Zugang zu Finanzierungen erhalten.

Durch den Juncker-Plan wurde jetzt schon eine Erhöhung des EU-BIP um 0,6 % bewirkt, bis 2020 soll ein Wert von 1,3 % erreicht werden. Die Investitionsoffensive kommt allen Mitgliedsstaaten zugute, insbesondere aber denen, die die Krise am stärksten getroffen hat.

Der unbestreitbare Erfolg des Juncker-Plans beruht auch auf der maßgeschneiderten Unterstützung für Hunderte von Projektträgern im Rahmen der EU-Plattform für Investitionsberatung, sowie für das EU-Investitionsvorhabenportal.

Der Kommissionsvorschlag für die nächste langfristige EU-Haushaltsplanung stellt genau darauf ab, in der globalen Wirtschaft die Position der EU als attraktiven Investitionsstandort zu stärken. Der neue InvestEU-Fonds wird an den Erfolg des EFSI anknüpfen und Investitionen im Volumen von weiteren 650 Mrd. EUR verfügbar machen.

[Mehr Informationen](#)

Die europäischen Unternehmen sollten demnächst eine Entlastung in der Verwaltung spüren

Die EU-Kommission hat am 26. November einen Bericht über die Überprüfung der Vereinfachung der Rechtsvorschriften und der Verringerung des Verwaltungsaufwands im Jahr 2018 veröffentlicht.

Laut diesem Bericht hat die EU-Kommission mit der Unterstützung der Regulatory Fitness and Performance (REFIT)-Plattform seit 2014 mehr als 150 Initiativen zum Bürokratieabbau durchgeführt.

BürgerInnen, Unternehmen und öffentliche Verwaltungen werden von den Einsparungen und Vereinfachungen des REFIT-Programms nur insoweit profitieren können, als diese vom Gesetzgeber bestätigt und von den Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden.

Zwischen Oktober 2017 und Oktober 2018 verabschiedete die REFIT-Plattform 31 Stellungnahmen, die ein breites Spektrum von Politikbereichen abdecken, wie z.B. Gesundheit, Sicherheit, Binnenmarkt, Verbraucherpolitik oder auch Umwelt.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Die EU-Kommission fordert klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050

Am 28. November hat die EU-Kommission eine strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft verabschiedet.

Auf die Aufforderung des Europäischen Rates vom März 2018 präsentierte die EU-Kommission ihre Vision für eine klimaneutrale Zukunft, die beinahe alle EU-Politikbereiche umfasst und mit den Zielen des Übereinkommens von Paris im Einklang steht, den Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn auf 1,5 °C zu begrenzen.

Zweck dieser langfristigen Strategie ist es nicht, Zielwerte vorzugeben. Sie soll vielmehr eine Vision und Orientierung vermitteln, dafür planen und Akteure, Forscher, Unternehmer und BürgerInnen inspirieren und in die Lage versetzen, neue, innovative Industrien, Unternehmen und damit verbundene Arbeitsplätze zu entwickeln. Die langfristige Strategie betrachtet, welche Optionen den Mitgliedstaaten, Unternehmen und BürgerInnen zur Wahl stehen und wie diese zur

Modernisierung der europäischen Wirtschaft beitragen und die Lebensqualität der EU-Bevölkerung verbessern können.

Für den Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft sind gemeinsame Maßnahmen in sieben strategischen Bereichen erforderlich: Energieeffizienz, Nutzung erneuerbarer Energien, saubere, sichere und vernetzte Mobilität, wettbewerbsfähige Industrie und Kreislaufwirtschaft, Infrastruktur und Netz-verbindungen, Biowirtschaft und natürliche CO2-Senken sowie CO2-Abscheidung und -Speicherung für die verbleibenden Emissionen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Die EU will sich mehr für Afrika einsetzen

Die EU-EntwicklungsministerInnen trafen am 26. November in Brüssel zusammen und berieten über die Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte sowie über die Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik.

Einen Tag nach dem Internationalen Tag für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen empfingen die EntwicklungsministerInnen die Nobelpreisträger Nadia Murad und Dr. Denis Mukwege zu Beratungen über Geschlechtergleichstellung und Menschenrechte.

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über die Allianz Afrika-Europa für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze. Die MinisterInnen bekundeten ihre Unterstützung für die Initiative und ihre vier Aktionsbereiche: Verbesserung des Investitionsklimas, Risikominderung, Stärkung der Unterstützung für Qualifikationen und Bildung sowie Förderung der wirtschaftlichen Integration und der Marktwirtschaft.

Der Rat erörterte die zukünftige Finanzarchitektur für Entwicklung. Die Ministerinnen und Minister erörterten den Sachstand in den Verhandlungen über das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und insbesondere zur Zukunft der europäischen Architektur für Investitionen außerhalb der EU. Sie berieten ferner darüber, dass der MFR ausreichend Flexibilität gewährleisten muss und gleichzeitig sicherzustellen ist, dass die Prioritäten der EU zu ihren Nachbarländern und Afrika vollständig widergespiegelt werden.

[Mehr Informationen](#)

Die EU bekommt eine neue Jugendstrategie

Am 26. und am 27. November berieten die EU- Sport- und BildungsministerInnen in Brüssel über die neue EU-Jugendstrategie und eine Reform des „Erasmus+“-programms.

Der Rat hat die neue EU-Jugendstrategie für die Periode 2019-2027 beschlossen. Die Strategie soll sektorübergreifend auf die Bedürfnisse junger Menschen in allen Bereichen der EU-Politik eingehen. Die nationalen Regierungen arbeiten auch gemeinsam mit der EU-Kommission vorrangig an der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Die EU-BildungsministerInnen einigten sich auf eine partielle allgemeine Ausrichtung zu einem Vorschlag für eine Verordnung über das Erasmus+-Programm. Ziel des Vorschlags ist es, das Programm integrativer zu gestalten, indem seine Zugänglichkeit für z.B. junge Menschen mit geringeren Möglichkeiten verbessert wird. Es soll auch sichergestellt werden, dass alle Hochschul- und Sekundarschulabschlüsse bis 2025 automatisch EU-weit anerkannt werden.

Der Rat sprach sich für eine Stärkung der europäischen Inhalte in der digitalen Wirtschaft aus. Die Prioritäten der EU sind die Förderung von Vielfalt, Sichtbarkeit und Innovation, die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und die Verbesserung von Fähigkeiten und Kompetenzen. Die MinisterInnen führten auch eine öffentliche Aussprache über die Bekämpfung der Verbreitung von Desinformationen im Internet.

Die MinisterInnen debattierten über die großen Sportereignisse als Innovationstreiber und erkannten den Sport als Motor für Wachstum und Beschäftigung sowie als Mittel zur Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Bedingungen der EU-BürgerInnen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Binnenmarktprogramm stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und sorgt für Verbrauchersicherheit

Wettbewerbsfähigkeitsrat beschließt Binnenmarktprogramm - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU in Europa - hohes Niveau im Verbraucherschutz und Produktsicherheit.

Ein Schwerpunkt wird das bereits bewährte Enterprise Europe Network—eine Anlaufstelle für alle Fragen zur Internationalisierung - sein. Verbraucher werden darin unterstützt, ihre Rechte im Binnenmarkt durchsetzen zu können. Die sichere Erzeugung von Lebensmitteln, die Prävention und Tilgung von Seuchen und Schädlingen und die Verbesserung des Tierschutzes in der EU werden finanziell unterstützt. Ferner wird eine wesentliche Unterstützung des Agrar-und Lebensmittel-sektors als wichtige Branche der EU-Wirtschaft ermöglicht. Um eine valide Datenlage für wichtige politische Entscheidungsprozesse zu haben, werden den nationalen Statistikämtern Finanzmittel für die Erstellung und Verbreitung der europäischen Statistiken zur Verfügung gestellt.

„Mit dem neuen Programm werden KMU und Verbraucher dabei unterstützt, von einem gut funktionierenden Binnenmarkt zu profitieren und die Steuerung des EU-Binnenmarkts wird gestärkt.“, erklärt die Wirtschaftsministerin. Ferner werden die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, insbesondere der KMU, unterstützt, die Gesundheit von Menschen,

Tieren und Pflanzen sowie das Tierwohl gefördert und ein Rahmen für die Finanzierung europäischer Statistiken geschaffen. Das Binnenmarktprogramm ist Teil eines Pakets des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027. Es werden Aktivitäten zusammengeführt, die bisher im Rahmen von sechs verschiedenen Vorläuferprogrammen finanziert wurden. Damit sollen Synergien genutzt und Verwaltungskosten eingespart werden.

Im Rahmen der partiellen allgemeinen Ausrichtung wurde in den verschiedenen Programmteilen mehr Augenmerk auf die Digitalisierung gelegt, die Mitsprache der Mitgliedsstaaten bei der Programmumsetzung im Bereich KMU und Konsumentenschutz gestärkt, die Kosten für die allgemeine Verwaltung mit fünf Prozent begrenzt und eine klarere Struktur bei den einzelnen Programmteilen geschaffen. Ausgeklammert von der heutigen Entscheidung ist insbesondere die Festlegung der endgültigen Beträge.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Schengen: Neue Regeln für befristete Kontrollen an den Binnengrenzen

Am 29. November hat das EU-Parlament seinen Standpunkt für die Verhandlungen mit den EU-MinisterInnen angenommen.

Der Schengener Grenzkodex, der derzeit überarbeitet wird, ermöglicht es den Mitgliedstaaten, im Falle einer schwerwiegenden Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums durchzuführen.

Die Abgeordneten waren sich einig, dass der anfängliche Zeitraum für vorübergehende Grenzkontrollen auf zwei Monate anstelle der derzeitigen sechs begrenzt werden sollte und, dass die Grenzkontrollen nicht über ein Jahr hinaus verlängert werden sollten.

Die Europaabgeordneten betonen, dass die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an bestimmten Binnengrenzen nur im

Falle außergewöhnlicher Umstände vorgenommen werden sollten, da dadurch die Freizügigkeit von Personen beeinträchtigt wird.

Die Schengen-Länder sollten eine detaillierte Risikobewertung vorlegen, wenn die vorübergehenden Grenzkontrollen über die zwei Monate hinaus verlängert werden. Zudem müsste die EU-Kommission bei einer weiteren, anschließenden Verlängerung der Grenzkontrollen über sechs Monate hinaus feststellen, ob die Verlängerung den gesetzlichen Anforderungen entspricht oder nicht. Die Abgeordneten wünschen sich auch, dass das Parlament besser informiert und in das Verfahren einbezogen wird..

[Mehr Informationen](#)

Westbalkanländer: Europäisches Parlament zieht Bilanz der Fortschritte 2018

Die Europaabgeordneten bewerteten die Fortschritte, die in Albanien, Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf ihrem Weg zu einem möglichen EU-Beitritt am 29. November erzielt wurden.

In der Bilanz der Fortschritte der Westbalkanländer lobten die Abgeordneten das starke Engagement Mazedoniens für die vollständige Umsetzung des Pržino-Abkommens von 2015 und der dringenden Reformprioritäten. Sie fordern die nationalen Behörden ferner auf, den Kampf gegen Geldwäsche und Interessenkonflikte zu intensivieren, die Justiz besser vor politischer Einmischung zu schützen und die verbleibenden Probleme der Rechtsstaatlichkeit anzugehen, die nach wie vor ernsthafte Herausforderungen darstellen.

Die Abgeordneten begrüßen die stetigen Fortschritte Albaniens bei der Umsetzung der EU

-Reformen und die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Unabhängigkeit der Justiz des Landes zu stärken. Sie sind jedoch nach wie vor besorgt über das anhaltend hohe Maß an Korruption, das langsame Tempo und die Ineffizienz des Justizsystems.

Während Montenegro insgesamt gute Fortschritte im EU-Integrationsprozess macht, fordern die Abgeordneten die nationalen Behörden auf, den Schwerpunkt auf die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit z. B. Rechtsstaatlichkeit oder Medienfreiheit zu legen.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Towards an EU Product Policy Framework contributing to the Circular Economy](#)

Umwelt

29. November 2018 – 24. Januar 2019

[Konsultation zur Liste der als Vorhaben von gemeinsamem Interesse infrage kommenden Strominfrastrukturprojekte](#)

Energie

22. November 2018 – 28. Februar 2019

[Evaluation of the 2008 European Critical Infrastructure Protection Directive](#)

Grenzen und Sicherheit, Migration und Asyl

19. November 2018 – 11. Februar 2019

[Ex-post evaluation of the Trans-European Transport Network \(TEN-T\) programme 2007-2013](#)

Verkehr

15. November 2018 – 14. Februar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Gaspar Kostajnsek, M.A.